

Bern

Brauchen wir Profis im Parlament?

Die Milizpolitiker im National- und Ständerat sind zunehmend überfordert, behaupten Beobachter. Die Betroffenen selber sehen dies allerdings ganz anders.

VON RAPHAEL PRINZ

Mariangela Wallimann sprach am Wochenende aus, was im Bundeshaus immer wieder ein Thema ist: Die Generalsekretärin der Bundesversammlung fordert für die Schweiz einen Systemwechsel weg vom Milizparlament hin zu einem Berufsparlament. Im Interview mit der «Südostschweiz am Sonntag» begründet sie diese Forderung mit der zunehmenden Belastung der Parlamentarier, die vom realen Zeitaufwand her eigentlich heute schon Berufspolitiker seien. Wallimann: «Es ist fast nicht mehr zumutbar, was man heute von den Parlamentariern verlangt.» Durch die grosse Präsenz, die ein Amt als National- oder Ständerat erfordert, sei es nicht mehr für alle Leute möglich, ein solches Amt anzunehmen. «Viele können sich ein Parlamentsmandat entweder nicht leisten, oder deren Arbeitgeber wollen die langen Abwesenheiten nicht in Kauf nehmen.»

Viele öffentliche Auftritte

Heute gilt in der Schweiz die Faustregel, dass ein Parlamentsmandat ungefähr einem 50-Prozent-Job entspricht (siehe blaue Box). Die Sessions dauern viermal jährlich drei Wochen, dazu kommt meist eine zusätzliche Woche Sondersession zu einem bestimmten Thema. Die Session ist aber nur ein Teil der Arbeit. Hinzu kommen Sitzungen in Kommissionen, der Fraktion und der Partei. Weiter gefordert ist eine Vielzahl von öffentlichen Auftritten, etwa im Abstimmungskampf. Insgesamt bringt das Amt eines National- oder Ständerates eine Rolle, die man nicht ablegen kann. «Frau Nationalrat» ist man auch in der Freizeit, ob man das will oder nicht. Das Milizparlament hat in der Schweiz Tradition. Wer das Amt eines Parlamentariers innehat, übt nebenher noch einen Beruf aus. Politik und Beruf ergänzen sich, und es lassen sich Synergien schaffen. So die Grundidee.

Schaut man allerdings auf die Berufe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, stellt man fest, dass drei Berufsgruppen übervertreten sind: **● Selbstständige Unternehmer:** Sie können sich ihre Zeit selbst einteilen und sind flexibel genug für den Parlamentsjob. **● Juristen:** Sie waren in Bern schon immer gut vertreten, schliesslich ist das Parlament die gesetzgebende Gewalt.



Ein National- oder Ständeratsmandat entspricht ungefähr einem 50-Prozent-Job.

BILDER KEYSTONE/ALEXANDRA WEY

Führen diese ihre eigene Kanzlei, sind auch sie flexibel genug für die hohe Präsenzzeit.

● Politiknahe Berufe: Viele Parlamentarier gehen neben ihrem Mandat einer Beschäftigung nach, die ebenfalls einen klaren Bezug zur Politik hat: Sie arbeiten etwa für Verbände, Gewerkschaften oder als politische Berater. Die Aufzählung zeigt: Es ist nicht für alle Berufstätigen gleich gut möglich, ihre Stelle mit einem Amt in Bern zu kombinieren.

Räte wollen im Beruf bleiben

Trotz diesem Befund können sich die Direktbetroffenen, die Parlamentarier, nicht mit einem Berufsparlament anfreunden.

Gabi Huber (FDP, Uri) befürwortet «zu 100 Prozent ein Milizparlament». Es wäre schade, wenn die Parlamentarier

den Beruf aufgeben müssten, schliesslich trage gerade der Berufsbezug bei, nicht am Volk vorbeizurechnen. «Das ist extrem wertvoll für die Schweiz.» Auch Otto Laubacher (SVP, Luzern) schätzt das Wissen, welches die Parlamentarier aus ihrem Beruf mitbringen. Und er sieht eine weitere Folge eines Berufsparlaments: «Ein solches würde die Kosten fast verdoppeln.» Doch er sagt auch: «Die Geschäftslast steigt ständig und die Politik ist komplexer geworden. Wir kommen nicht darum herum, uns auf einzelne Themen zu konzentrieren.» Als Nationalrat, Kantonalpräsident der SVP Luzern und Präsident der Neat-Aufsichtsdelegation macht Laubacher selber «fast nur noch Politik».

«Die Parlamentarier sind zum Teil selber schuld: Sie reichen viel zu viele Vorstösse ein.»

GEORGES THEILER, FDP LUZERN

Für Georges Theiler (FDP, Luzern) ist das Parlament bis zu einem gewissen Grad selber schuld an der Überlastung.

«Es werden viel zu viele Vorstösse eingereicht. Diese abzuarbeiten, braucht viel Zeit.» Als Rezept gegen die Überlastung sieht er deshalb kein Berufsparlament, «sondern mehr Effizienz».

Wichtige Berufserfahrung

Noch grösser als im Nationalrat ist die Arbeitsbelastung im kleineren Ständerat. Peter Bieri (CVP, Zug) ist als Landwirtschaftslehrer einer der wenigen Angestellten im Stöckli. Um das Amt seriös ausüben zu können, opfert er eine Vielzahl der Abende, mindestens die Hälfte der Wochenenden und der Ferien. Dennoch ist auch er überzeugt, dass ein Berufsparlament die Schweiz nicht weiterbringt: «Jeder bringt seine Erfahrungen vom Beruf mit, das ist für die Diskussionen sehr befruchtend.» Nicht zuletzt sei es auch wichtig, mit einem Bein im Berufsleben zu bleiben. «Für jeden Parlamentarier gibt es auch eine Zeit nach seinem Amt.»

EXPRESS

- Die Belastung der Parlamentarier hat deutlich zugenommen.
- Trotzdem halten die meisten National- und Ständeräte das Milizsystem für richtig.

ENTSCHÄDIGUNG

Die Schweiz hat billige Politiker

Parlamentarier haben in der Bevölkerung den schlechten Ruf, für ein bisschen Palaver viel zu verdienen. Dabei zeigt ein internationaler Vergleich: Unsere National- und Ständeräte arbeiten zu Dumpingpreisen. Kein OECD-Land verfügt über ein so günstiges Parlament wie die Schweiz.

Rund 90 000 Franken

Völlig gratis reisen die 246 Räte freilich nicht nach Bern. Ein Mitglied – egal welcher Kammer – kommt jährlich auf rund 90 000 Franken. Dieser Lohn setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen: Die Vorbereitung der Ratsarbeit wird mit 21 000 Franken entlohnt, hinzu kommen ein Taggeld für jeden Sitzungstag von 400 Franken sowie 30 000 Franken Personal- und Sachausgaben. Die Spesen werden mit verschiedenen Pauschalen abgegolten: Mit einer Mahlzeitenentschädigung (110 Franken pro Tag), einer Übernachtungsentschädigung (170 Franken pro Nacht) und einer Reiseentschädigung (3760 Franken pro Jahr).

Zusätzlich entlohnt wird die Arbeit in einer oder mehreren Kommissionen; das gilt auch für andere Spezialaufgaben.

Ein 50-Prozent-Job

Schweizer Parlamentarier verbringen jährlich rund 550 Stunden an Sitzungen – das ist ein strenger 50-Prozent-Job. Allerdings fällt die Belastung sehr unregelmässig aus; sie erreicht jeweils während der Sessions ihre höchste Dichte.

Viele National- und Ständeräte arbeiten de facto schon heute als Berufsparlamentarier. Ganz einfach, weil sie voll auf die Karte Politik setzen und neben ihrem Amt keinen weiteren Beruf mehr ausüben. Das kann nicht ungefährlich sein. Schliesslich ist ein Parlamentsamt in der Regel keine Lebensstelle. cpm

«Parteien sollen sich stärker engagieren»

Die Milizparlamentarier seien überlastet, heisst es. Sind sie das wirklich?

Andreas Ladner*: Ausgelastet zweifellos. Politiker, die ihr Amt seriös ausüben, in den Dossiers sattelfest und in den Kommissionen präsent sein wollen, sind einer grossen Belastung ausgesetzt.

Wie akut ist das Problem?

Ladner: Es ist sehr dringend. Man macht den Leuten etwas vor, wenn man behauptet, jeder oder jede könne Politiker oder Politikerin werden. Wenn jemand wirklich Einfluss ausüben will, muss er sehr gut vernetzt sein und eine breite Unterstützung haben. Dies aufzubauen, braucht Zeit und Engagement.

Ist die Politik auch komplizierter geworden?

Ladner: Ja. Der Staat übernimmt immer mehr Aufgaben. Die Dossiers werden umfangreicher. Dazu existieren zwischen den diversen politischen Problemen oft Zusammenhänge. Man muss dossierübergreifend denken.

Worin ein Berufspolitiker effizienter wäre, weil er mehr Zeit für Sachfragen aufwenden könnte.

Ladner: Vielleicht. Ein Berufsparlament lässt sich allerdings nicht so

einfach einrichten. Dieses System muss zur politischen Kultur passen. Die Berufsparlamentarier üben ihr Amt nicht aus Berufung, sondern als Beruf aus. Unsere Politik ist stark vom Milizgedanken geprägt. Das Berufsparlament geht einher mit einer anderen Form der Politik, als sie die Schweiz kennt.

Wie sieht diese aus?

Ladner: Berufspolitiker sind zwar ideal auf ihre Arbeit vorbereitet, müssen aber auch davon leben können. Sie haben ein Interesse, an der Macht zu bleiben, am besten bis zur Pensionierung. Da rücken politische Ideale schnell einmal in den Hintergrund.

Wie könnte die Belastung der Politiker ohne Systemwechsel gemindert werden?

Ladner: Immer wieder wurde versucht, die Unterstützungsdienste zu stärken. Die Kanzlei oder persönliche Mitarbeiter sollen die Themen für die Politiker vorbereiten. Das Volk ist dem aber nicht freundlich gesinnt. Es fehlt offenbar an greifbaren Belegen, dass die Politik heute nicht optimal funktioniert. Wenn es keine offensichtlichen Fehlleistungen gibt, warum etwas ändern?

Was für Alternativen gäbe es, um die Parlamentarier zu entlasten?

Ladner: Ich plädiere für eine Stärkung der Parteien. Diese sollten ihre Mandatsträger besser unterstützen können. In der Politik muss studiert und analysiert werden. Das kann der Politiker selber in seiner Kammer tun, was nicht sehr effizient ist, oder dies übernehmen fremde Organisationen, wie die Economiesuisse

oder der Gewerkschaftsbund. Sie empfehlen dem Politiker, wie er abzustimmen hat. Dies widerspricht aber unserer Vorstellung von Unabhängigkeit. Eine Partei ist demgegenüber eine demokratisch legitimierte Organisation. Sie könnte den Parlamentarier besser entlasten.

Wie könnte man die Parteien für diese Aufgabe stärken?

Ladner: Sie könnten selber mehr Ressourcen dafür freimachen. Zusätzlich wäre eine staatliche Förderung nötig, damit alle Parteien eine vergleichbare Ausgangslage hätten. Mir ist es lieber, wenn die Parteien pro Politikbereich

ein, zwei Spezialisten haben, die Informationen erarbeiten, als dass man jedem Politiker einen wissenschaftlichen Mitarbeiter bezahlt, der dann nur seine eigenen Forschungen betreibt. Oder dass die Parteien abschreiben, was ihnen andere vorgeben, weil sie selber nicht denken können.

INTERVIEW MICHAEL WIDMER

HINWEIS

► * Andreas Ladner (48) ist Politologe und ordentlicher Professor am Idheap der Universität Lausanne. ◀



Andreas Ladner: «Bei Berufsparlamentariern rücken Ideale in den Hintergrund.»